



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)

15. Sitzung des Schul- und Sportausschusses (Wahlperiode 2013 - 2018)
am Donnerstag, 21.01.2016

Ort: Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen, Mensa
Kalkbrennerstraße 5, 23562 Lübeck

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:53 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Kristina Aberle- Bü90/DIEGRÜNEN
Anja Sabrina Hagge- SPD
Dr. Marek Lengen- SPD
Jörn Puhle- SPD
Anette Röttger- CDU
Ingrid Schatz- CDU
Hauke Wegner- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. med. Martin Federsel- Die PARTEI-PIRATEN
Katja Godowski- SPD
Sascha Luetkens- DIE LINKE
Grete Rhenius- BfL

Stellvertreter

Peter Fick- CDU	Vertretung für: Herrn Prieur, Oliver
Jörg Haltermann- SPD	Vertretung für: Herrn Schopenhauer, Georg

Verwaltung

Kathrin Senatorin Weiher- Fachbereichsleitung FB4
Petra Albrecht- FB 4 - Jugendhilfeplanung
Angelika Kramm- FB 4 - Fachbereichscontrolling
Sieglinde Schüssler- 4.525 Eigenbetrieb Lübecker
Schwimmbäder
Friedrich Thorn- Schule und Sport
Christiane Wiebe- 4.403 VHS Lübeck

Protokollführung

Antje Richter- 4.401 Schule und Sport

Sonstige Personen

Schulrat Gustaf Dreier (bis zum TOP 8)

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Timon Kolterjahn- FDP	entschuldigt
Oliver Prieur- CDU	entschuldigt
Georg Schopenhauer- SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2015
3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
 - 3.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 3.1.1. Aktueller Sachstand Sportzentrum Falkenwiese
 - 3.1.2. Spenden für die Anschaffung von zwei LED-Leinwänden in der Hansehalle
 - 3.1.3. Aktueller Sachstand Schulleiterbesetzung Hanse-Schule
 - 3.1.4. Präsenz der Ausschussmitglieder des Schulträgers im Schulleiterwahlausschuss
 - 3.1.5. Aktueller Stand "Deutsch für alle"
 - 3.1.6. Neues VHS-Programm
 - 3.1.7. Sperrung der Aulen der Oberschule zum Dom und des Johanneums zu Lübeck
 - 3.1.8. Übergang der Schulhausmeister zum Bereich 5.651 Gebäudemanagement
4. Berichte
 - 4.1. Bildungsbericht
hier: Materialband Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck Schuljahr 2015/2016
Vorlage: VO/2015/03266
 - 4.2. Schulpflicht für Flüchtlinge in Lübeck
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Lübecker Schwimmbäder - Wirtschaftsplan 16
Vorlage: VO/2015/03288
6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

- 6.1. Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 24.09.2015 an den Schul- und Sportausschuss; hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Evaluation Modellprojekt "Poolbildung zur Beförderung einer inklusiven Beschulung"
Vorlage: VO/2015/03135

- 6.2. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft zu den Sportförderrichtlinien der Hansestadt Lübeck

- 6.2.1. Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.11.2015 an den Schul- und Sportausschuss; hier: Antrag der SPD-Fraktion betr. Betriebskostenzuschüsse für Sportvereine mit eigenen Anlagen
Vorlage: VO/2016/03300

- 6.2.2. Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.11.2015 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Haushaltssatzung 2016 - Sportförderung erhöhen
Vorlage: VO/2016/03301

7. Anträge von Ausschussmitgliedern

8. Verschiedenes

13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die 15. Sitzung des Schul- und Sportausschusses, begrüßt alle Anwesenden in der Mensa der Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anschließend gibt der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung dem Schulleiter der Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen Herrn Pabst Gelegenheit zu einer Begrüßung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung drei Mitteilungen vorgesehen habe. Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Der Ausschuss ist einstimmig mit der Tagesordnung und der Zuordnung von Punkt 9.1 zum nichtöffentlichen Teil einverstanden.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2015

Keine Wortmeldungen

Der Ausschuss stellt die Niederschrift einstimmig fest.

TOP 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

TOP 3.1 Mitteilungen der Verwaltung

TOP 3.1.1 Aktueller Sachstand Sportzentrum Falkenwiese

Herr Thorn teilt im Rahmen der fortlaufenden Ausschussberichterstattung zum Sportzentrum Falkenwiese mit, dass der Entwicklungsbericht bis Ende Februar/Anfang März 2016 fertiggestellt sein werde und nach Abschluss der verwaltungsinternen Abstimmung die anschließenden Beteiligung der politischen Gremien im April oder Mai 2016 geplant sei.

TOP 3.1.2 Spenden für die Anschaffung von zwei LED-Leinwänden in der Hansehalle

Herr Thorn informiert über die Anschaffung zweier großer LED-Leinwände für die Hansehalle, die die mobilen Leinwände des VFL Bad Schwartau ersetzen sollen und die Dank der Spende der Sparkassen-Stiftung in Höhe von 50.000 Euro möglich sei. Weitere Kostenanteile werden vom VFL Bad Schwartau und vom Bereich Schule und Sport übernommen.

TOP 3.1.3 Aktueller Sachstand Schulleiterbesetzung Hanse-Schule

Frau Senatorin Weiher nimmt Bezug auf die Berichterstattung zur SchulleiterInnenstellenbesetzung der Hanse-Schule für Wirtschaft und Verwaltung im letzten Schul- und Sportausschuss und teilt aktuell mit, dass die dem Ausschuss vorgestellte Idee einer Ausschreibung der Stelle mit der Perspektive einer organisatorischen Zusammenlegung mit der Gewerbeschule Nahrung und Gastronomie in Anbetracht der positiven SchülerInnenzahlenentwicklung an der Hanse-Schule nicht weiterverfolgt werde. Nach Abstimmung zwischen ihr und dem Staatssekretär werde das laufende Ausschreibungsverfahren angehalten und die Stelle erneut ausschließlich für die Hanse-Schule ausgeschrieben.

Eine Nachfrage von Frau Godowski zum Ausschreibungstext beantwortet Frau Weiher.

TOP 3.1.4 Präsenz der Ausschussmitglieder des Schulträgers im Schulleiterwahlausschuss

Frau Senatorin Weiher hält eine höhere Präsenz der ordentlichen Mitglieder des Schulleiterwahlausschusses für wünschenswert und stellt dies anhand der Anwesenheitszahlen der Schulleiterwahlausschüsse im Jahr 2015 dar (**siehe Anlage 1**). Frau Weiher nimmt dies zum Anlass für eine Anregung, im Hinblick auf die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bereich Schule und Sport und den Schulleiterinnen VertreterInnen der Verwaltung als stellvertretende Ausschussmitglieder in die Schulleiterwahlausschüsse zu wählen.

Herr Wegner hat die Vermutung, dass die Unregelmäßigkeit der Sitzungstermine ursächlich für die mangelhafte Teilnahme der ordentlichen Ausschussmitglieder sei.

Herr Puhle schlägt vor, für den Schulleiterwahlausschuss einen monatlichen Turnustermin festzulegen und den Ausschuss dann bei Bedarf einzuberufen. Die Verwaltung wird diesen Vorschlag prüfen.

Herr Thorn gibt den Termin der nächsten Schulleiterwahl bekannt: Am Mittwoch, 17.02.2016, 17.00 Uhr findet der Schulleiterwahlausschuss der Luther-Schule statt.

TOP 3.1.5 Aktueller Stand "Deutsch für alle"

Frau Wiebe nennt aktuelle Zahlen zum Konzept „Deutsch für alle“. 250 Personen werden an den Deutsch-Intensivkursen teilnehmen, zudem sei ein weiterer Bedarf aus den von der Bundesagentur im vergangenen Jahr eingeführten Kursen von bis zu 1.000 TeilnehmerInnen zu erwarten. Frau Wiebe informiert weiter zum Stand der Stellenbesetzungen und zur Raumsituation.

Frau Schatz teilt mit, dass sie hinsichtlich weiterer Räumlichkeiten einen Kontakt zum Familienzentrum in Schlutup hergestellt habe. Frau Wiebe dankt Frau Schatz für das Angebot, bevor dieses weiterverfolgt werden könne, sei jedoch erst einmal die nötige Personalkapazität bereitzustellen.

TOP 3.1.6 Neues VHS-Programm

Frau Wiebe stellt das neue VHS-Programm als Teil der neuen Marke vor und lädt alle Anwesenden herzlich ein, an den Angeboten teilzunehmen. Frau Wiebe weist zudem auf die Semesterauftaktveranstaltung am Freitag, 19.02.2015 mit Begrüßung durch Frau Senatorin Weiher hin

TOP 3.1.7 Sperrung der Aulen der Oberschule zum Dom und des Johanneums zu Lübeck

Herr Thorn informiert, dass die Aula der Oberschule zum Dom ab sofort und bis auf Weiteres gesperrt sei aufgrund von Mängeln bei der Halterung der Deckenkonstruktion. Derzeit erfolge eine fachtechnische Untersuchung. Herr Thorn teilt weiter mit, dass im Zuge der Sanierung des Parketts in der Aula des Johanneums der Fußboden durchgebrochen sei und der betroffene Bereich daraufhin abgesperrt wurde. Eine eingeschränkte Nutzung der Aula sei weiterhin möglich. Weitere Schäden seien jedoch nicht auszuschließen und mittelfristig ein Austausch des Fußbodens erforderlich.

TOP 3.1.8 Übergang der Schulhausmeister zum Bereich 5.651 Gebäudemanagement

Frau Senatorin Weiher gibt bekannt, dass der Bürgermeister die Organisationsentscheidung getroffen habe, zum 01.01.2016 die Schulhausmeister, Schularbeiter und Hallenwarte in den Bereich 5.651 Gebäudemanagement einzugliedern. Zuvor habe die Bürgerschaft mit dem Haushalt 2016 die Neuordnung der Stellen bereits beschlossen.

Frau Weiher blickt zurück auf den Einsatz des Fachbereichs 4 für den Verbleib der Schulhausmeister mit der Zielsetzung, „Schule aus einer Hand“ zu gewährleisten. Zur aktuellen Situation teilt Frau Weiher mit, dass die zwischen den Fachbereichen 4 und 5 vereinbarte vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Umsetzung der Neuorganisation der Hausmeisterdienste seitens des GMHL nicht eingehalten werde. Entgegen bisheriger Informationen bemesse das GMHL den Stellenanteil von 20% für schulbezogene Aufgaben nicht für jede Schule auf Basis einer Vollzeit-Stelle, sondern in Abhängigkeit von der jeweils zu betreuenden Fläche. Dies stehe einer Bedingung des Fachbereichs 4 entgegen, um eine zumindest annähernd ausreichende Versorgung der Schulen sicherzustellen.

Dazu spricht Herr Haltermann und verdeutlicht anhand verschiedener konkreter Beispiele den nun eingetretenen Mehraufwand und die Verfahrensverkomplizierung für Hausmeister

und Schule seit der Neuorganisation. Er möchte als Schulleiter der Schule Tremser Teich auch im Sinne aller anderen Schulleiterinnen und Schulleiter der Lübecker Schulen deutlich machen und darauf hinweisen, dass das Konzept des GMHL in der Praxis nicht funktionieren wird.

Nachfragen von Herrn Puhle zur Behandlung der Thematik im Hauptausschuss und zum Umfang der Organisationsentscheidung beantwortet Frau Weiher.

Frau Weiher nimmt Bezug auf ihre Argumentation für den Verbleib der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich 4 und teilt mit, dass der Bereich Schule und Sport die weitere Entwicklung in enger Abstimmung mit den Schulleiterinnen und Schulleitern begleiten werde. Im 3. Quartal 2016 sei eine Evaluierung und Berichterstattung im Fachausschuss geplant. Die Schulleiterinnen und Schulleiter werden gebeten, entsprechende Informationen zuzuliefern.

Es sprechen Herr Puhle, Frau Schatz und Frau Godowski, die mitteilt, dass die SPD-Fraktion die Thematik weiter verfolgen wird. Auf Nachfrage von Frau Godowski informiert Herr Thorn über die schulspezifischen Tätigkeiten der Schulhausmeister und teilt mit, dass eine Aufstellung der im Rahmen des Schulbetriebs anfallenden Aufgaben dem GMHL vorgelegt worden sei.

Anmerkung zum Protokoll: Die Liste der schulbezogenen Aufgaben ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Der Vorsitzenden schließt sich den vorherigen Wortmeldungen an, die weitere Entwicklung kritisch zu begleiten.

Herr Haltermann beklagt eine schlechte Reinigungsqualität der Schulen aufgrund von häufig wechselndem und unzureichend eingewiesenem Personal. Herr Haltermann regt an, dazu eine Abfrage bei den Schulen durchzuführen, um ein genaueres Bild von der Reinigungssituation zu erhalten. Der Vorsitzende unterstützt diesen Vorschlag.

Die Verwaltung nimmt das Anliegen des Ausschusses auf.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 4	Berichte
--------------	-----------------

TOP 4.1	Bildungsbericht hier: Materialband Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck Schuljahr 2015/2016 Vorlage: VO/2015/03266
----------------	--

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4.2 Schulpflicht für Flüchtlinge in Lübeck

Herr Dreier informiert anhand einer den Ausschussmitgliedern vorliegenden aktuellen Übersicht über die DaZ-Zentren im Schuljahr 2015/2016 in Lübeck (**siehe Anlage 3**) und erläutert, dass zum 01.12.2015 die bisherigen DaZ-Außenstellen in DaZ-Zentren umgewandelt worden seien. Eine Besonderheit in Lübeck sei, dass sich mit dem Carl-Jakob-Burckhardt-Gymnasium und der Ernestinenschule auch zwei Gymnasien beteiligen, die DaZ-SchülerInnen würden für die dortige Zuweisung anhand ihrer Englischkenntnisse gezielt ausgewählt. Im Weiteren geht Herr Dreier auf die Versorgung der Sammelunterkünfte ein. Zur Notunterkunft im ehemaligen Praktiker-Baumarkt teilt Herr Dreier mit, dass dort aktuell 38 schulpflichtige Kinder untergebracht seien. Aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer von 4 Wochen sei eine DaZ-Zuweisung nicht sinnvoll. Auf Initiative von Herrn Prof. Arnholt seien dort jedoch ehrenamtliche Kräfte tätig. Herr Dreier teilt weiter mit, dass an einzelnen Standorten aufgrund von fehlenden Kapazitäten der DaZ-Unterricht von 4 auf 2 Stunden täglich verkürzt werden muss, um die Versorgung weiterhin sicherzustellen.

Zum Vorschlag von Frau Schatz, Kapazitätsprobleme durch das Aufstellen von Containern an den Gemeinschaftsunterkünften zu lösen, erläutert Herr Dreier, dass zur Sicherstellung der Integration das Aufstellen von Containern höchstens vor Ort an den Schulen in Frage käme.

Frau Aberle geht auf die Situation in der Notunterkunft ein und hält es für zumutbar, dass zumindest die älteren Kinder auch längere Strecken bis zum DaZ-Zentrum eigenständig bewältigen und eine Beschulung dieser Kinder daher aus ihrer Sicht möglich sei. Herr Dreier bietet an, dass die Gemeindediakonie ihm diese Kinder meldet, dann könne eine DaZ-Zuweisung erfolgen. Ein unterjähriger Wechsel des DaZ-Zentrums sei jedoch nicht möglich.

Frau Senatorin Weiher sieht hier die Gemeindediakonie in der Verantwortung, auch die erforderliche Begleitung der Kinder sicherzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Haltermann gibt Herr Dreier einen Ausblick auf die weitere Entwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen hinsichtlich der erforderlichen Personal- und Raumkapazitäten. Wenn die derzeit 500 Kinder der DaZ-Basisstufe in die Aufbaustufe wechseln, so Herr Dreier, entspräche dies 20 Klassen in der Klassenstufe 5 bis 9, die jetzt schon mit 27 bis 29 SchülerInnen belegt seien. Hinsichtlich der Personalfrage habe Herr Dreier gerade das Ministerium angeschrieben.

Herr Thorn ergänzt, dass der Schulträger und die Schulaufsicht zu dieser Thematik in enger Abstimmung seien. Zur Raumsituation führt Herr Thorn aus, dass zusätzliche Kapazitäten nicht zur Verfügung stünden. Eine Konzentration von Flüchtlingsklassen soll in jedem Fall vermieden werden.

Der Vorsitzende fragt, ob eine Änderung der Problematik in der Notunterkunft im ehemaligen Praktiker-Baumarkt zu erwarten sei. Der Vorsitzende sieht das Land in der Verantwortung, die Schulversorgung der Flüchtlingskinder von Beginn an sicherzustellen. Das Ehrenamt könne die Aufgabe des Landes nicht ersetzen und gerade die ersten 4 bis 6 Wochen seien sehr wichtig für das Gelingen des Integrationsprozesses.

Herr Dreier entgegnet, dass der Bereich Soziale Sicherung über die Aufenthaltsdauer in der Notunterkunft zu entscheiden habe. Er wiederholt sein Angebot, eine Zuweisung der dortigen Kinder auf Empfehlung der Gemeindediakonie vorzunehmen.

Frau Weiher weist darauf hin, dass die Notunterkünfte lange nicht so in Anspruch genommen worden sei, wie zunächst erwartet. Sie geht davon aus, dass sich die Situation mit der Fertigstellung der Gemeinschaftsunterkünfte weiter entspannen werde.

Frau Rhenius hat den Kenntnisstand, dass der ehemalige Praktiker-Baumarkt im Rahmen des laufenden Versteigerungsverfahrens nur noch bis April 2016 als Notunterkunft für Flüchtlinge zur Verfügung stünde. Dann erfolge eine Versteigerung, an der auch die Hansestadt Lübeck teilnehmen könne.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 5 **Beschlussvorlagen**

TOP 5.1 **Lübecker Schwimmbäder - Wirtschaftsplan 16** **Vorlage: VO/2015/03288**

Frau Schüssler führt ein, erläutert das den Ausschussmitgliedern vorliegende Austauschblatt zur Vorlage (**siehe Anlage 4**) und spricht in diesem Zusammenhang die Altersstruktur des Personals der Lübecker Schwimmbäder an. Im Weiteren geht Frau Schüssler auf die Besucherstatistik 2015 ein und informiert im Zusammenhang mit dem Rückgang der BesucherInnenzahlen des Sportbades St. Lorenz Nord über den Stand der Sanierungsarbeiten des seit dem 17.12.2015 wieder geöffneten Sportbades. Eine Nachfrage von Frau Godowski zur Sanierung der Sanitäreanlagen beantwortet Frau Schüssler.

Anlässlich ihres bevorstehenden Ruhestands verabschiedet sich Frau Schüssler von den Ausschussmitgliedern, dankt dem Ausschuss für sein Vertrauen, für seine Anregungen und seine Kritik und wünscht eine weiterhin erfolgreiche Arbeit für die Schulen und den Sport in Lübeck.

Der Vorsitzende spricht Frau Schüssler im Namen aller Ausschussmitglieder seinen Dank aus für die geleistete Arbeit und für ihr großes Engagement und wünscht Frau Schüssler alles Gute.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2016 für die Lübecker Schwimmbäder wird in der Fassung der Anlage 1 gem. § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

TOP 6 **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

TOP 6.1 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 24.09.2015 an den Schul- und Sportausschuss; hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Evaluation Modellprojekt "Poolbildung zur Beförderung einer inklusiven Beschulung" Vorlage: VO/2015/03135

Frau Senatorin Weiher gibt zu Punkt 1 des Antrags den Hinweis, dass damit die Menschen ausgeschlossen würden, die keine Ausbildung machen könnten oder wollten und die auf das bestehende niedrigschwellige Angebot angewiesen seien. Eine Umsetzung von Punkt 2 des Antrags würde Mehrkosten in Höhe von bis zu 300.000 Euro nach sich ziehen. Dies hätte zur Folge, dass weniger Personal eingesetzt werden könnte.

Herr Puhle weist zu Punkt 3 des Antrags darauf hin, dass die Träger vor dem Hintergrund der befristeten Verträge nicht dazu verpflichtet werden könnten, unbefristetes Personal einzustellen.

Frau Albrecht nimmt Bezug auf den Vermerk der Verwaltung zu dem Antrag, der in der letzten Sitzung umverteilt und dem Protokoll beigefügt wurde und trägt nochmals das Ergebnis der von den Trägern eingeholten Stellungnahmen zu den beantragten Maßnahmen vor:

... zum Thema Qualifizierung: die die Schulsozialräume koordinierenden Träger bekennen sich im Grundsatz zur Notwendigkeit von kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung für MitarbeiterInnen im Sozialen Arbeitsfeld, so auch für die MitarbeiterInnen im Bereich schulischer Inklusion. Gemäß der künftigen Budgetverträge zum Inklusionspool soll zwischen der Kommune und den Trägern eine entsprechende Vereinbarung hergestellt werden.

... zum Themenschwerpunkt Eingruppierung von SpA: die die Schulsozialraum-koordinierenden Träger bestätigen gerne, dass die von ihnen im Rahmen der schulischen Inklusion eingesetzten MitarbeiterInnen gemäß der jeweils bei den einzelnen o.g. Trägern zur Anwendung gelangenden Tarifsysteme vergütet werden. Hiervon abweichende Wünsche der Bürgerschaft nach einer höheren als der tariflichen Vergütung bedürfen dann einer entsprechenden finanziellen Nachsteuerung der Hansestadt Lübeck, da es ansonsten unweigerlich zu Leistungsreduzierungen (geringere Stundenanzahl) kommen wird.

... zum Themenschwerpunkt unbefristete und sozialpflichtige Verträge: die MitarbeiterInnen der o.g. Träger im Inklusionspool sind zu annähernd 100% sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Eine Befristung von Arbeitsverhältnissen insbesondere in diesem Bereich – mangels alternativer Einsatzmöglichkeiten in anderen Arbeitsfeldern der Träger – steht jeweils in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vertragsbefristung des Inklusionspoolvertrages.

Zu der Kritik von Herr Luetkens, dass die IntegrationshelferInnen aufgrund der kurzen Beschäftigungsdauer von 10 Monaten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben könnten, entgegnet Herr Puhle, dass diese Problematik mit dem neuen Poolmodell aufgehoben wurde und längerfristige Arbeitsverhältnisse geschlossen werden könnten. Herr Dreier bestätigt dies. Auch Herr Dreier sieht einen Bedarf für eine sukzessive Qualifizierung, ein verpflichtender Einsatz von pädagogischen Fachkräften würde jedoch zu einem Personalmangel führen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Antrag:

1. Die IntegrationshelferInnen, die im Personalpool als sozial erfahrene Personen ausgewiesen sind, bekommen mindestens eine berufliche Weiterbildung für den

Beruf einer Sozialpädagogischen Assistentin angeboten.

2. *Entsprechend werden diese Sozialpädagogischen AssistentInnen, nach erfolgreicher Ausbildung, in die Entgeltgruppe 5 eingruppiert.*
3. *Alle IntegrationshelferInnen im Personalpool bekommen ein unbefristetes sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.*

Der Ausschuss lehnt den Antrag bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ab.

TOP 6.2 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft zu den Sportförderrichtlinien der Hansestadt Lübeck

TOP 6.2.1 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.11.2015 an den Schul- und Sportausschuss; hier: Antrag der SPD-Fraktion betr. Betriebskostenzuschüsse für Sportvereine mit eigenen Anlagen Vorlage: VO/2016/03300

Auf Vorschlag von Frau Senatorin Weiher erfolgt eine gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 6.2.1 und 6.2.2.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Lengen bestätigt Herr Thorn, dass antragsgemäß der TSB um Stellungnahme gebeten worden sei. Nach Auswertung der Rückmeldungen der betroffenen Vereine sei von einer Summe von jährlich ca. 40.000 Euro für Gebührensteigerungen städt. Betriebe auszugehen.

Mit Einverständnis des Ausschusses erteilt der Vorsitzende Herrn Bernet, TSB, das Wort. Herr Bernet erläutert das Anliegen des TSB, die betroffenen Vereine von den Kosten zu entlasten und geht auf die Ermittlung des hierfür erforderlichen Finanzierungsbedarfs ein.

Herr Thorn blickt zurück auf die Entwicklung der Sportförderrichtlinien und das damit zusammenhängenden Interesses der Vereine mit eigenen Anlagen an einer Refinanzierung ihrer Aufwendungen für die Regensteuer und die Straßenreinigungsgebühren.

Auf Nachfrage von Frau Röttger erklärt Herr Thorn, dass die Ermittlung des Erstattungsbedarfs auf der Grundlage der eingegangenen Bedarfsmeldungen Vereine gegenüber dem TSB erfolgt sei und keine vollumfänglichen Angaben für alle Vereine vorliegen. Herr Thorn weist weiter darauf hin, dass die Erstattung der jährlichen Aufwendungen für Straßenreinigungsgebühren und Regensteuer gemäß § 10 der Sportförderrichtlinien nachrangig zu der Jugendsportförderung, den Ehrungen und den Schwimmbadzuschüssen sei.

Dazu sprechen Herr Dr. Lengen und Frau Senatorin Weiher, die erklärt, dass eine anderweitige Regelung über eine Ausnahme in den Satzungen der Hansestadt Lübeck für wenige Sportvereine nicht möglich sei.

Der Vorsitzende formuliert in Abstimmung mit der Verwaltung einen entsprechenden Änderungsvorschlag der überwiesenen Antragstexte.

Herr Dr. Lengen ändert den Antrag der SPD-Fraktion auf den von der Verwaltung ermittelten Betrag von 40.000 Euro und übernimmt in Vervollständigung des Antrages die Formulierungsempfehlung der Verwaltung.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen:

Antrag:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. § 5 der Sportförderrichtlinien der Hansestadt Lübeck wird um den Punkt 5.2.
„Die Lübecker Sportvereine mit eigenen Anlagen gemäß Punkt 5.1, Satz 1, erhalten auf Antrag eine Erstattung Ihrer jährlichen Aufwendungen für Straßenreinigungsgebühren und Regensteuer.

Entsprechende Anträge inkl. Kopie des Gebühren-/ Steuerbescheides, sind bis zum 30.06. eines Jahres einzureichen.“ ergänzt.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt das Produktsachkonto 121001000.5318001 in Höhe von aktuell 282.500 EUR/Jahr für 2016 ff. um jeweils 40.000 EUR auf 322.500 EUR/ Jahr zu erhöhen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig antragsgemäß zu beschließen.

**TOP 6.2.2 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 26.11.2015 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Haushaltssatzung 2016 - Sportförderung erhöhen
Vorlage: VO/2016/03301**

Herr Luetkens zieht den Antrag zurück.

TOP 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass zum Tagesordnungspunkt 9.1.1 ein Beschluss gefasst wurde.

Der Vorsitzende schließt um 18:26 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 9. März 2016

André Kleyer
Vorsitz

Antje Richter
Protokollführung